

Wahlprüfsteine 2017

Was tun für die Alphabetisierung?

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. bringt sich auch im Wahljahr 2017 ein und fragte bei den Bundestags-Parteien ihre politischen Positionen und Konzepte ab.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 und 2013 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die FDP und AfD auf die Prüfsteine geantwortet.



Hier die Antworten von
DIE LINKE

Frage 1: Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016-2026 setzen?

Fehlende Grundbildung und Analphabetismus sind auch im hochindustrialisierten Deutschland keine Randerscheinung, sondern ein Problem der gesellschaftlichen Mitte. Das Recht auf Bildung umfasst auch eine gute Grundbildung, die jedem zugänglich sein muss. DIE LINKE will ein Zehn-Jahres-Programm auflegen mit dem Ziel, die Zahl der von Analphabetismus Betroffenen zu halbieren. Dazu wollen wir ein Finanzvolumen von 3,6 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Kommunen bereitstellen. Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen die allgemein bildenden Schulen unterstützen, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen und jeder/jedem Schüler*in eine gute Grundbildung vermitteln. Jeder Schulabschluss muss sichern, dass Schüler*innen eine gute Grundbildung erhalten.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641
t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631
s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637
s.waelte@alphabetisierung.de

Frage 2: Hält Ihre Partei ein Grundrecht auf Grundbildung für sinnvoll und in welcher Form würde sich Ihre Partei dafür einsetzen?

Gleicher Zugang zu Bildung und das ein Leben lang ist für die LINKE ein grundlegendes Menschenrecht. Der Zugang zu Bildung muss als öffentliche Daseinsvorsorge für alle gleichermaßen gewährleistet sein. Keine Gesellschaft kann es sich leisten, einen großen Teil der Menschen ohne ausreichende Grundbildung zurückzulassen. Daher treten wir dafür ein, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern und allen gesellschaftlich relevanten Kräften im Rahmen der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung verbindlich vereinbaren, dass Grundbildung flächendeckend gebührenfrei und für jeden zugänglich ist. Dazu gehören unter anderem auch der qualitative und quantitative Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen in der Erwachsenenbildung, die Schaffung eines breiten, niedrighwelligen und öffentlich finanzierten Bildungs- und Berufsberatungsangebotes sowie der Ausbau von e-learning- und blended-learning-Angeboten, da solche Angebote einerseits eine höhere Anonymität geben und andererseits durch die Loslösung von der Festlegung von Ort und Zeit den Lernenden mehr Flexibilität gestatten.

Frage 3: Ist das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der Grundbildung in der heutigen Form sinnvoll?

Bildungspolitik ist Ländersache. Trotzdem müssen Bund und Länder in der Bildung zusammenarbeiten können. Diese Zusammenarbeit ist seit 2006 nicht mehr möglich. Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. Zwischen den Bundesländern bestehen bei Bildungsinfrastruktur, Bildungsabschlüssen und Bildungswegen große Unterschiede. Die Bundesregierung hat das Kooperationsverbot nur für ihre Prestigeprojekte im Hochschulbereich teilweise aufgehoben. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg! DIE LINKE will das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.

Frage 4: Was will Ihre Partei tun, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten besser am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen?

Betroffene sind aufgrund ihrer geringen schriftsprachlichen Kompetenzen bei der gesellschaftlichen, sozialen, beruflichen sowie der politischen Teilhabe erheblich eingeschränkt. Neben den bereits genannten Maßnahmen müssten mehr barrierefreie Zugänge zum politischen und gesellschaftlichen Leben geschaffen werden, damit diejenigen, die nach wie vor von funktionalem Analphabetismus betroffen sind, nicht ausgeschlossen werden. DIE LINKE veröffentlicht ihre Wahlprogramme immer auch in einfacher Sprache. So wird auch das neue Wahlprogramm in leichter Sprache und barrierefrei zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus gibt es auf der Internetseite des Parteivorstands Audios, Bilder, Videos von Pressekonferenzen sowie livestream-Mitschnitte vom Programmparteitag.